

Ressort: Politik

Gabriel dringt bei EU auf Freihandelsabkommen ohne Investitionsschutz

Berlin, 27.03.2014, 07:02 Uhr

GDN - In den Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen mit den USA hat Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) in einem Schreiben an EU-Handelskommissar Karel de Gucht darauf gedrungen, dass der Investitionsschutz außen vor bleibt. "Meiner Einschätzung der aktuellen Debatte nach liegt beim Investitionsschutz ein sensibler Kernpunkt, der am Ende über die Zustimmung Deutschlands zu einem transatlantischen Freihandelsabkommen entscheiden kann", heißt es in dem Schreiben, das der "Rheinischen Post" (Mittwochausgabe) vorliegt.

Gabriel betonte in dem Schreiben auch, dass die USA und Deutschland "hinreichenden Rechtsschutz" gewährleisten. In jedem Fall müsse ausgeschlossen sein und bleiben, dass Regelungen zum Schutz von Gemeinwohlzielen ausgehebelt oder umgangen würden oder, dass ein Marktzugang eingeklagt werden könne. Kritiker des Investitionsschutzes wie Deutschland fürchten, dass internationale Unternehmen, die wegen Verbraucher- oder Umweltvorschriften ihre Produkte nicht in EU-Ländern vertreiben können, milliardenschwere Klagen anstreben. Das will die deutsche Regierung verhindern.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-32190/gabriel-dringt-bei-eu-auf-freihandelsabkommen-ohne-investitionsschutz.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619